



HILDEN-PLAN 2014

DAS KOMMUNALPOLITISCHE PROGRAMM
FÜR HILDENS ZUKUNFT

SPD

Inhaltsübersicht

Für eine lebens- und liebenswerte Gemeinde	6
Die Gemeinde der Bürgerinnen und Bürger	6
Der demografische Wandel	7
Sorgfältiger Umgang mit den Finanzen	8
Stadtplanung für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde	9
Die soziale Stadt	15
Beste Chancen für Kinder und Jugendliche	18
Beste Bildung in Hilden	20
Kultur ist Lebensqualität	23
Auch im Sport die Nummer 1	25
Sicherung der hohen Standards durch aktive Wirtschaftsförderung	26
Städtische Gesellschaften sind unsere modernen Dienstleister	28
Städtepartnerschaften für ein geeintes Europa	30

Hilden-Plan 2014: Das kommunalpolitische Programm für Hildens Zukunft

Mit dem Hilden-Plan 2014 stellen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Grundpositionen zur Hildener Kommunalpolitik für die kommenden Jahre vor. Hilden-Plan 2014, das ist die Aktualisierung und Fortschreibung unserer Programme seit 1975. Aus ihm lässt sich die Kontinuität sozialdemokratischer Politik in Hilden ebenso erkennen wie die Offenheit gegenüber neuen Problemen und Aufgaben.

Der Hilden-Plan 2014

- ist Aufgabenbeschreibung und Messlatte für die Politik vor Ort,
- macht die Zielkonflikte zwischen wünschenswerten, notwendigen und machbaren Aufgaben deutlich,
- ist Aussage und Selbstbindung der Hildener SPD zu kommunalen Fragen und ein Angebot zur gemeinsamen Gestaltung.

Die im Hilden-Plan 2014 zusammengefassten Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik dokumentieren unseren Einsatz für Mensch, Umwelt und Wirtschaft.

Schwerpunkte sind:

- das Engagement für eine soziale Gemeinde,
- die beste Bildung und Betreuung vor Ort,
- die Förderung des sozialen Wohnungsbaus,
- die Umwelt, insbesondere die Energie- und Klimapolitik,
- eine zukunftsweisende Wirtschaftsförderung,
- unser Einsatz zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

Birgit Alkenings
Bürgermeisterkandidatin
Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzende

Für eine lebens- und liebenswerte Gemeinde

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Hilden, unsere Stadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, nachhaltig weiterentwickeln.

Die Grundwerte **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** sind die Basis unseres Denkens und Handelns - im Bund, im Land und in unserer Stadt.

Freiheit bedeutet die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung in allen Lebensbereichen bei gegenseitiger Respektierung und Rücksichtnahme. **Gerechtigkeit** heißt Wahrung und Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, der allen gleiche Rechte und Chancen gewährt. **Solidarität** heißt gegenseitige Achtung, Verantwortung füreinander und Hilfe für die Bedürftigen.

Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundwerte ist die demokratische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger und das ehrenamtliche Engagement möglichst vieler.

Unser Alltag wird durch die Veränderungen der letzten Jahrzehnte nachhaltig geprägt: Immer mehr Menschen werden immer älter. Bildung und Integration sind Aufgaben für die Gegenwart und die Zukunft. Veränderte Familienstrukturen und die Individualisierung der Lebensentwürfe, Klimaschutzpolitik auf kommunaler Ebene und die Krise der öffentlichen Finanzen sind zentrale Beispiele für den gesellschaftlichen Wandel. Auch in der Kommunalpolitik wirken sich diese Entwicklungen aus und verlangen immer wieder neue Konzepte und Ideen.

Die Gemeinde der Bürgerinnen und Bürger

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für soziales Miteinander. Unser solidarisches Gemeinwesen kann nur wachsen, wenn möglichst viele in ihrem persönlichen Umfeld Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die **solidarische Bürgergesellschaft** ist deshalb ein wichtiger Leitgedanke für die Hildener SPD.

Mitsprache, Mitwirkung und Mitverantwortung sind Bedingungen des demokratischen Lebens und der kommunalen Selbstverwaltung. Sie erschöpfen sich nicht in einem einmaligen Wahlakt. Wir wollen deshalb die aktive **Teilhabe an der Demokratie** fördern. Voraussetzung dafür ist die umfassende und offene Information der Bürgerinnen und Bürger durch Rat und Verwaltung. Die Öffentlichkeit insgesamt und jeder Einzelne haben das Recht, von Rat und Verwaltung klare und begründete Antworten auf Vorschläge und Fragen zu erhalten.

Die Zuständigkeit der gewählten Ratsmitglieder einerseits und die verstärkte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger andererseits sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich. **Bürgerbegehren und Bürgerentscheid** sind die zentralen Instrumente einer wirksamen Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Kommunalpolitik. Wir begrüßen diese Möglichkeit der Mitwirkung.

Wir erfahren aber zugleich, dass Einzelpersonen und Gruppen individuelle Interessen mit dem Wohl der Allgemeinheit verwechseln. Hier erwächst der Kommunalpolitik eine neue Verantwortung. Sie darf sich nicht zum Schiedsrichter im Kampf von Einzelinteressen degradieren lassen, sondern muss stets die Gesamtentwicklung der Gemeinde und das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger zum Maßstab ihrer Entscheidungen machen.

Der demografische Wandel

Die Gestaltung der Zukunft durch die Politik erfordert zukunftsbezogene Informationen. Dabei bildet die künftige Bevölkerungsentwicklung einen wichtigen Eckwert. **Sinkende Geburtenraten** bei gleichzeitiger Zunahme der Lebenserwartung führen zu einer Veränderung der Aufgaben der Kommunalpolitik.

Veränderte Bedingungen in der sozialen Sicherung, auf dem Arbeitsmarkt und bei den Anforderungen an die Qualifizierung werden auch in der nächsten Wahlperiode zu konkreten Reaktionen des Rates der Stadt führen müssen. Betroffen sind vor allen Dingen Kinder-, Jugend- und Bildungseinrichtungen ebenso wie Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren.

Sinkende Kinderzahlen werden Kindertagesstätten und Schulen mit all ihren Betreuungsmaßnahmen in ihrem Bestand gefährden.

Die Senioreneinrichtungen müssen in Struktur und Ausstattung weiterhin den veränderten Nutzungsbedürfnissen angepasst werden.

Durch den **demografischen Wandel** werden die Kosten der sozialen Sicherung steigen und gleichzeitig immer weniger Menschen in die Sozialsysteme einzahlen. Damit kann es auch für die Stadt Hilden zu nicht kalkulierbaren Finanzierungslasten kommen. Frühzeitiges Erkennen der Entwicklungen sowie eine strategische Ausrichtung der Kommunalpolitik auf wichtige Ziele sind unerlässlich. Ziel der SPD ist es, Hilden so zu gestalten, dass die Folgen des demografischen Wandels verträglich bleiben.

Sorgfältiger Umgang mit den Finanzen

Hilden ist eine Gemeinde, in der es sich lohnt, zu leben und zu arbeiten. Einrichtungen und Angebote sind auf hohem Qualitätsniveau vorhanden.

Die hervorragende **Wirtschaftsförderung** in unserer Stadt hat wesentlich dazu beigetragen, das Gewerbesteueraufkommen - eine der wichtigsten Finanzquellen des Haushaltes - auf hohem Niveau zu halten. Dies ist insbesondere durch die unbürokratische und kompetente Arbeit der Verwaltung möglich geworden. Die sozialdemokratischen Bürgermeister Günter Scheib und Horst Thiele haben hier Grundsteine für eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur gelegt.

Wir geben der Hildener Wirtschaft Sicherheit für ihre Planungen und verpflichten uns gleichzeitig, den **soliden finanzpolitischen Kurs** fortzusetzen. Andererseits werden wir auch in der nächsten Wahlperiode dafür eintreten, dass Finanzspielräume ausgeschöpft und somit weiterhin ausgeglichene Haushalte verabschiedet werden können. Nur eine ausreichende finanzielle Ausstattung kann die Eigenständigkeit der Stadt und den politischen Gestaltungsspielraum des Rates gewährleisten.

Die Stadt Hilden hat als eine der ersten Gemeinden in NRW das "Neue Kommunale Finanzmanagement" (NKF) erfolgreich eingeführt. Dieses

System ermöglicht dem Rat eine bessere Kontrolle der Verwaltung, bietet größere Transparenz und bessere Steuerungsmöglichkeiten. Wir wollen daran mitarbeiten, dieses Verfahren schrittweise zu verfeinern und zu optimieren.

Mit dem NKF können wir den Bürgerinnen und Bürgern die Situation der städtischen Finanzen besser vermitteln, da durch die größere Transparenz der tatsächliche Ressourcenverbrauch vollständig dargestellt wird. Ein Überblick über das gesamte Vermögen unserer Stadt ist in der Konzernbilanz vorhanden, er wird zudem durch eine Kosten- und Leistungsrechnung sowie ein Berichtswesen ergänzt.

Eine Gesamtbetrachtung der Finanzen zeigt, dass die **Verschuldung in den letzten 15 Jahren um sechs Millionen Euro gesenkt** werden konnte. Sie ist Ende 2013 mit 17 Millionen Euro oder 305 Euro pro Kopf der Einwohner erfreulich niedrig. Dieser Verschuldung stehen in der städtischen Bilanz rund **500 Millionen Euro an Vermögenswerten** gegenüber.

Hinzu kommen 46 Millionen Euro aus dem Anteilsverkauf der Stadtwerke, die sicher angelegt sind. Mit den Erträgen aus diesen Rücklagen, wollen wir unter anderem langfristig die Finanzierung der Ortsbuslinie, der Schwimmbäder und des Weiterbildungszentrums "Altes Helmholtz" sicherstellen.

Wir werden diese solide Finanzpolitik für unsere Stadt fortsetzen.

Stadtplanung für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde

Unsere Gemeinde soll lebens- und liebenswert für Jung und Alt bleiben. Sie soll vielfältige Stätten der Begegnung und Beteiligung anbieten, um das Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Wir stehen mit unserer Stadtentwicklungspolitik für den Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen. Beispielhaft seien hier genannt: komfortabler und bezahlbarer Wohnraum, für Arbeitsplätze notwendige

Gewerbeansiedlung, Einrichtungen für Bildung und Freizeit, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, Mobilität für Alle, Erhalt von Freiflächen und Denkmalschutz. Grundlage hierfür ist der neue Flächennutzungsplan, der zügig zur Abstimmung gestellt werden muss. Hierbei sind die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig - wie bei der Bauleitplanung - zu informieren und zu beteiligen.

Die Qualität des Lebens hängt im Wesentlichen vom Zustand der Wohnungen und Wohngebiete ab. Wohnungen dürfen nicht zu unbezahlbarem Luxus werden.

Voraussetzung für eine lebendige Stadt ist es, sowohl ältere Menschen als auch Familien mit Kindern in unserer Stadt zu halten. Deshalb muss der **soziale Wohnungsbau** weiter betrieben werden. Insbesondere muss es weiter städtischen Wohnungsbau durch die Wohnungsbaugesellschaft Hilden (WGH) geben. Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Hilden ist dabei besonders auf einen familiengerechten, barrierefreien, bezahlbaren und zukunftsorientierten Wohnungsbau zu achten. Das bedeutet auch ein (Um-)Bauen unter den Prinzipien von Barrierearmut, Nachhaltigkeit und maximaler Energieeffizienz (z. B. Null-Energiehaus).

Deswegen wollen wir ein Programm "Wohnungen für junge Familien mit Kindern" umsetzen. Hierzu sollen vor allem nicht mehr benötigte Flächen für den Gemeinbedarf verwendet werden.

Um im freifinanzierten Wohnungsbau ebenfalls ein verstärkt familienorientiertes Wohnungsangebot zu fördern, werden bestehende städtische Fördermöglichkeiten optimiert.

Weiterhin soll durch das Schließen von Baulücken, die Nachverdichtung und das Recycling von Gewerbebrachen die Ausweisung neuer Baugebiete verringert werden.

Der aktuell neu aufzustellende Flächennutzungsplan soll insbesondere unter dem Gesichtspunkt von Klima- und demografischem Wandel eine Orientierung für die nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinde bis 2030 aufzeigen. Wir wollen diese Planung in umfassender Form und mit frühzeitiger Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger erörtern und beraten.

Der Ausbau der Hildener **Innenstadt** ist nahezu abgeschlossen. Viele Maßnahmen wurden in den letzten Jahren umgesetzt. Zu nennen sind

hier beispielsweise der Kronengarten, der Neubau des Sparkassengebäudes, die Erneuerung des Ellen-Wiederhold-Platzes, das Service-Wohnen Am Rathaus sowie das Einkaufszentrum Itter-Karree, das als Kundenmagnet den gesamten Einzelhandelsstandort Warrington-Platz/Axlerhof attraktiver werden ließ.

Bei allen zukünftigen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass die Gebäude, deren Zugänge und alle Verkehrsflächen barrierefrei sind, also auch über Leiteinrichtungen für Blinde und Sehbehinderte verfügen.

Dadurch wird das hohe Niveau in den Bereichen attraktives Wohnen, Branchenmix, Dienstleistungsangebot, Kultur- und Freizeitangebot in der Hildener Innenstadt sichergestellt. Zukünftig muss vor allem die Attraktivität der Innenstadt erhalten und, wo es angebracht ist, verbessert werden. Hierzu wurde ein "Integriertes Handlungskonzept" entwickelt und Geld für die Umsetzung vom Land beantragt. Unter anderem soll die Beleuchtung und Möblierung der Innenstadt, die Verkehrsführung am Fritz-Gressard-Platz und die Anbindung der Fußgängerzone an den Stadtpark und die Stadthalle verbessert werden. Zudem wünschen wir uns die Verbesserung des gastronomischen Angebots für junge Menschen, um die Innenstadt auch für diese Altersgruppe attraktiver zu gestalten.

Die 2006 beschlossene Gestaltungssatzung für die Innenstadt zeigt erste deutliche Qualitätsgewinne im Bereich der Fassadengestaltung in der Fußgängerzone. Deshalb soll diese Satzung auf die an die Innenstadt angrenzenden Straßen ausgedehnt werden.

Neben der Innenstadtentwicklung wurde mit der **Bahnhofssanierung** und dem Erhalt dieses Baudenkmals die Aufwertung der gesamten westlichen Unterstadt eingeleitet. Auf der Basis der städtebaulichen Rahmenplanung wird diese Entwicklung fortgeführt.

Wir wollen innenstadtnahes Wohnen fördern, dort wo es möglich ist. Beispielsweise an der Walder Straße zwischen Krankenhaus und Kirchhofstraße/An der Gabelung.

Es ist gelungen, in allen Stadtteilen ein ausreichendes Angebot für den täglichen Bedarf sowie für Kultur und Bildung, Sport und Freizeit zu schaffen. Investitionen von mehr als 60 Millionen Euro in den letzten fünf

Jahren in den Neubau und die Sanierung städtischer Einrichtungen haben dafür gesorgt, dass alle Bürgerinnen und Bürger wohnungsnah unterschiedliche Angebote nach Neigung vorfinden und nutzen können.

Beispielhaft sind hier zu erwähnen:

- Sanierung der Umkleiden an der Sportanlage Furtwänglerstraße,
- Sanierung der Wilhelm-Fabry-Realschule,
- Sanierung des Helmholtz-Gymnasiums und Erweiterung der Mensa,
- Sanierung der städtischen Sportplätze Schützenstraße und Kalstert,
- Eröffnung der Kindertagesstätte "Itterpänz",
- Sanierung des Kolpinghauses.

Die **Verkehrsplanung** soll gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger umweltschonend und sicher Arbeits- und Einkaufsstätten sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen erreichen.

In Hilden gibt es ein gut ausgebautes Bus- und S-Bahn-Angebot. Die Einführung der Ortsbuslinie und die Taktverdichtungen haben das Angebot deutlich verbessert. Ziel unserer Politik wird es sein, dieses Angebot zu erhalten und seine Qualität zu steigern. Hierfür werden wir die Haltestellen kontinuierlich weiter verbessern und barrierefrei ausbauen.

Das **Fahrradförderkonzept** wird weiter realisiert. Hier muss der Schwerpunkt auf zusätzlichen innerstädtischen Abstellanlagen, der Verbesserung der Sicherheit und dem Lückenschluss im Radwegenetz liegen.

Im kommunalen **Straßenneubau** ist der Bedarf weitestgehend erfüllt. Die rechtzeitige Unterhaltung und Erneuerung sowie der barrierefreie Ausbau werden zur Hauptaufgabe. Der Straßenbau hat sich an den Interessen aller Verkehrsbeteiligten (mit besonderer Vorsorge für Kinder und Fußgänger) und Anwohner zu orientieren. Straßenbäume sind wichtig für das innerstädtische Klima.

Wir setzen uns ein für eine Optimierung des Verkehrsflusses (etwa durch Grüne-Welle-Schaltungen) zur Verringerung von Wartezeiten und Staubildung und erzielen damit auch einen Beitrag zur Schadstoffminimierung und CO₂-Reduktion.

Lärm macht Menschen krank. Lärmaktionspläne sind ein Instrument, um Lärmbelästigung zu erkennen und beseitigen zu können. Wir wollen die notwendigen Finanzmittel bereitstellen, damit Pläne zur **Lärminderung** entwickelt werden können.

Der **Umweltschutz** ist eine globale Querschnittsaufgabe, die aber lokale Verantwortung erfordert und Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen Energie, Klimaschutz, Verkehr, Natur- und Landschaftsschutz sowie Flächennutzung vor Ort bietet.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen dafür sorgen, dass möglichst viele Freiflächen in Hilden erhalten bleiben und der Stadtkern weiter begrünt wird.

Schon frühzeitig wurden zahlreiche Grünzonen in Hilden unter Naturschutz gestellt. Aktuell sind dies mit 114 Hektar über vier Prozent unseres Stadtgebietes.

Kommunen haben viele Möglichkeiten, zum **Klimaschutz** und zur Absenkung der CO₂-Emissionen beizutragen. Die Stadt Hilden engagiert sich schon lange auf diesem Gebiet, sie ist Mitglied im Klimabündnis und unterstützt die Agenda 21. Einige Hildener Unternehmen beteiligen sich an ÖKOPROFIT, einem Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft, mit dem Ziel Betriebskosten zu senken und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Energie zu schonen.

Auch bei der künftigen Bauleitplanung sind Klimaschutz-Aspekte zu berücksichtigen. An städtischen Gebäuden wird die Wärmedämmung kontinuierlich weiter verbessert, so wird beispielsweise die Sekundarschule (Wilhelm-Fabry-Realschule) energetisch saniert. Die Heizungsanlagen werden optimiert und die Beleuchtungstechnik verbessert. In allen städtischen Gebäuden werden bereits Energiesparlampen eingesetzt. Die Zahl der **Solaranlagen auf städtischen Gebäuden** soll gesteigert werden. Es sollen erdgas-betriebene, sparsame Fahrzeuge für den städtischen Fuhrpark neu beschafft und die Elektromobilität gefördert werden. Änderung im Verbrauchsverhalten wird an den Schulen durch das städtische fifty-fifty-Projekt gefördert: Finanzielle Einsparungen im Energie- und Wasserverbrauch bleiben zur Hälfte an den Schulen.

Wir setzen den **Grünordnungsplan** um. Nach der Gestaltung von Grünzügen am West- und Nordring wird die Renaturierung der Gewässer laufend fortgesetzt.

Für den Gewässerschutz werden wir das Entsiegelungsprogramm für öffentliche Flächen (wie Schulhöfe) und die Regenwasserversickerung bei Neubauten fortführen.

Unser **Stadtwald als Naturschutz- und Naherholungsgebiet** ist vor ungeeigneten Nutzungsansprüchen (Hundeschulen, Großveranstaltungen usw.) zu schützen. Wir wollen die städtischen Grünflächen pflegen und ausbauen. Insbesondere wollen wir den Stadtpark und das Holterhöfchen attraktivieren und besser zugänglich machen.

Im Kampf gegen die **CO-Pipeline** steht die Hildener SPD geschlossen mit dem Aktionsbündnis und der Hildener Bevölkerung zusammen.

Kernpunkt für die ablehnende Haltung ist der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern Bayer und die Landesregierung auf, den Bau aufzugeben. CO ist dort zu produzieren und zu lagern, wo es verarbeitet wird. Damit werden beim Transport keine Menschenleben gefährdet und der Erhalt der Arbeitsplätze und der Produktionsstandorte bleibt möglich.

Zur Sicherung dieses Zieles gilt weiterhin:

- alle juristischen Wege sind von Rat und Verwaltung auszuschöpfen,
- keine Gemeindeflächen werden freiwillig zur Verfügung gestellt,
- Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen den Bau und die Inbetriebnahme der CO-Leitung,
- Unterstützung von privaten Klägern durch die Gemeinde in ideeller, sachlicher und finanzieller Form, soweit gemeindliche Interessen hierzu Grundlage bieten.

Die soziale Stadt

Das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die **solidarische Stadt**, denn es gilt, den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt und die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in die Gemeinschaft zu sichern.

In der Kommune wirken sich gesellschaftliche und soziale Probleme, aber auch Zukunftschancen unmittelbar aus. Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat: Er setzt an den Ursachen sozialer Probleme an und zielt darauf ab, Menschen von Unterstützung unabhängig zu machen. Die demografische Entwicklung, die Veränderung der Arbeitsgesellschaft und die interkulturelle Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sind Herausforderungen, denen sich das soziale Leben unserer Kommune stellen muss. Unsere Kommunalpolitik will vorausschauend Entwicklungen erkennen und nachhaltig wirksam für **soziale Gerechtigkeit** und Integration aller Bevölkerungsgruppen sorgen.

In unserer wohlhabenden Gesellschaft dürfen wir **Ausgrenzung durch Armut** nicht zulassen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Bekämpfung der Kinderarmut. Gleiche Zukunftschancen für jedes Kind sind unverzichtbar. Daneben wollen wir auch der zunehmenden Armut im Alter wirksam begegnen. Um bestehende Handlungsansätze weiterzuentwickeln, bedarf es ausführlicher Kenntnisse der sozialen Lebensverhältnisse in unseren Stadtteilen. Die Datenbasis für diese Aufgabe, die uns der vorliegende Familienbericht liefert, muss fortgeschrieben und bei der Gestaltung der Aufgaben heran gezogen werden. Das Familienbüro "Stellwerk" im Bürgerhaus wird von uns ausdrücklich begrüßt, weil es ein niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot ist.

Zentrales Element für die Verhinderung von sozialen Problemen ist ein **ausreichendes Angebot an Arbeit**. Erwerbstätigkeit ist die Grundlage für die materielle Sicherheit der Menschen und schafft gesellschaftliche Anerkennung. Eine gute Wirtschaftsförderung, wie die Hildener SPD sie verantwortet, ist die beste Grundlage für Arbeitsplätze. Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass jeder Jugendliche gute Chancen auf dem

Arbeitsmarkt bekommt. Deshalb gilt es, die Arbeit der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt (GJwH) weiter zu fördern und finanziell zu unterstützen. Die Agentur für Arbeit muss aufgefordert werden, ihre Förderungen am örtlichen Bedarf auszurichten, damit dann in Zusammenarbeit auch mit der Volkshochschule **ausreichend Ausbildungsplätze** zur Verfügung gestellt werden können.

Auch müssen für besonders benachteiligte Gruppen **Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt** eröffnet werden. Wir werden dazu alle vorhandenen Beratungs-, Qualifizierungs- und Hilfsangebote einsetzen und bei Bedarf weiterentwickeln. Dazu gehören neben Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung die Schuldnerberatung, die Drogenberatung und die sozialpsychologische Beratung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir deutlich verbessern.

Die SPD steht für das kommunale Integrationskonzept der Stadt Hilden, denn erfolgreiche Städte zeichnen sich durch Weltoffenheit und Toleranz aus. Die **Integration** der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund muss weiter gefördert und die in Hilden vorhandene Willkommenskultur weiterentwickelt werden. Wir sind der Überzeugung, dass Zuwanderung auch zu einer guten wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt beiträgt. Dazu bedarf es einer verbesserten Teilhabe und Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten.

Wir wollen allen in Hilden lebenden **Migrantinnen und Migranten** eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglichen. Toleranz und Akzeptanz sind dazu notwendige Eckpfeiler. Rassistisches Denken und Verhalten ist aufzudecken und zu bekämpfen. Die kommunale Vertretung der Migrantinnen und Migranten ist zu stärken und als wichtiger Partner in Planung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Die SPD setzt sich weiterhin für die Verankerung des Kommunalwahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten im Grundgesetz ein.

Der steigende Altersdurchschnitt unserer Bevölkerung und die Notwendigkeit der Integration älterer Menschen in das gesellschaftliche Leben machen neue Konzepte für ihre Lebensgestaltung notwendig. Wir wollen **Seniorinnen und Senioren** Hilfen zum Erhalt der Selbstständigkeit

anbieten, dies auch in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat der Stadt Hilden und mit den Wohlfahrtsverbänden. Dabei müssen wir die steigende Zahl der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund berücksichtigen. Die Öffnung der Nachbarschaftszentren für Menschen aus anderen Kulturkreisen ist dringend notwendig.

Wo Hilfe geboten ist, muss sie - vorrangig in ambulanter Form - gewährt werden. "Hilfe zu Hause" kann teure stationäre Unterbringung verhindern und Selbstständigkeit erhalten. Behinderten- und altersgerechter Wohnungsbau zu annehmbaren Mieten ist dringend zu fordern und zu fördern. Auf städtischen Grundstücken, die zur Wohnbebauung vorgesehen sind, müssen solche Wohnungen errichtet werden.

Daneben sind stationäre Einrichtungen in ausreichender Zahl vorzuhalten. "Betreutes Wohnen" oder Tagespflegeplätze sind notwendig und müssen auch in Zukunft nach Bedarf geschaffen werden. Eine zeitlich begrenzte Kurzzeitpflege könnte die Versorgung eines Teils der bedürftigen Personen übernehmen, dazu muss diese Einrichtung ausgebaut werden. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir den Demenzerkrankten, deren Zahl schnell steigt, widmen. Stationäre Unterbringung für diese Menschen ist oftmals zwingend notwendig, die Möglichkeiten dazu müssen wir aber erst noch schaffen.

Typische Maßnahmen und Einrichtungen für die "soziale Stadt" sind Bürgertreffs und Begegnungsräume, Sporteinrichtungen, Internationale Treffpunkte und ein ausreichendes und qualifiziertes Bildungsangebot. Für deren Ausbau treten wir ein.

Menschen mit Behinderung werden in unserer Gesellschaft oft noch immer als Mitglieder einer Randgruppe angesehen und in vielen Lebensbereichen nach wie vor ausgegrenzt. Mit der Anerkennung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesregierung im Jahr 2009 gab es seither und muss es in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter positive Veränderungen für Menschen mit Behinderung geben.

Wir wollen die Inklusion (jeder Mensch erhält die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen - und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen

Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter) und werden deren Umsetzung unterstützen, allerdings müssen Bund und Land hierfür zur Umsetzung angemessene finanzielle Beteiligung leisten. Nur so kann die Lebensqualität behinderter Menschen in unserer Stadt auch weiterhin noch verbessert werden.

Eine wichtige Voraussetzung für derartige Verbesserungen ist die Zielvereinbarung, die die Stadt Hilden Anfang 2008 mit dem **Behindertenbeirat** als erste Stadt in NRW abgeschlossen hat. In dieser Zielvereinbarung verpflichtet sich die Stadt Hilden, allen Menschen die Nutzung öffentlicher Gebäude und Verkehrsflächen barrierefrei zu ermöglichen.

Der Behindertenbeirat wird seither bei jedem Neu- und Umbauvorhaben frühzeitig in die Planung einbezogen, teilweise auch bei privaten Baurägern. Seine Vorschläge werden berücksichtigt und auch umgesetzt, so etwa bei den Neubauten der Sporthalle "Stadtwerke Arena" und der Sparkasse Hilden, bei Straßenquerungen und an vielen Bushaltestellen im Stadtgebiet. Wir werden auch in Zukunft die Arbeit des Behindertenbeirates der Stadt Hilden unterstützen, Hilden soll den Ruf einer behindertenfreundlichen Stadt behalten.

Beste Chancen für Kinder und Jugendliche

Beste Bildung für Alle ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Bildungsstand entscheidet über individuelle Lebensperspektiven, berufliche Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen. Deswegen entscheidet die Sorge um Kinder und Jugendliche und ihre Familien auch über die Zukunftsfähigkeit Hildens. **Bildung und Betreuung** sind zentrale Aufgaben zur Vermeidung von Armutsrisiken. Eine gute Bildung ist somit das wichtigste Startkapital, das wir unseren Kindern mit auf den Weg in ihr Leben geben können. Deshalb fordert die SPD Hilden Chancengleichheit und einen gerechten Zugang Aller zu Bildung, Ausbildung und beruflichen Chancen. Gleichzeitig müssen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Globalisierung die Erwerbschancen der Eltern erhöht werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen ein. Vorrangige Ziele sind: die Verbesserung der Bildungs- und damit Zukunftschancen unserer Kinder, die **bessere Integration von Kindern** aus sozial benachteiligten Familien, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der freie und leichte Zugang zu den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Konfession darf kein Kriterium für die Aufnahme an der gewünschten Schule sein.

Für die Betreuungseinrichtungen werden die vorhandenen gesetzlichen Vorgaben in Hilden erfüllt. Für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr wird ein Betreuungsplatz angeboten. Kindertagesstätten und Familienzentren sind Orte der Betreuung und Bildung zugleich. Dabei reden wir nicht der frühen Verschulung der Betreuungseinrichtungen das Wort, wir wollen vielmehr so früh wie möglich **qualifiziertes Lernen auch im Vorschulbereich** anbieten. An allen Grundschulen sind entsprechend dem Bedarf Gruppen der "offenen Ganztagschule" vorhanden. Für ältere Kinder wird eine vielfältige Übermittag- und Hausaufgabenbetreuung vorgehalten.

Im Bereich der Betreuung von Kindern unter drei Jahren hat die Stadt Hilden - mit stetiger Unterstützung durch die SPD-Fraktion - in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet. Die bei den ein- bis zweijährigen Kindern mittlerweile erreichten Betreuungszahlen übertreffen die gesetzlichen Vorgaben von Land und Bund deutlich. Hier gilt es, die weitere Entwicklung der Elternwünsche zu beobachten und gegebenenfalls im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weitere Kapazitäten zu schaffen. Dabei hat für uns das Spielen und Lernen in der Gruppe gegenüber der Einzelbetreuung bei Tagesmüttern oder -vätern Vorrang.

Freier und leichter Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu den Betreuungseinrichtungen ist wegen der wirtschaftlichen Lage der Familien nicht immer möglich. Aus diesem Grund fordern wir weiterhin die **Abschaffung der Elternbeiträge**.

Zur Erreichung der Ziele sind erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Wir sind bereit, städtische Mittel aufzubringen. Gleichzeitig fordern wir

aber auch, dass die Umverteilung der Lasten vom Land auf die Kommunen und die Eltern enden muss. Land und Bund sind gefordert, ihren finanziellen Anteil an der gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgabe "Bildung und Betreuung" zu erbringen.

Bildung muss sich in den Schulen, aber auch in außerschulischen **Bildungseinrichtungen** wie der Volkshochschule oder der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt fortsetzen. Zahlreiche Firmen haben im Rahmen von Lernkooperationen mit Hildener Schulen Anteil an einer innovativen Gestaltung von Unterrichts- und Ausbildungsinhalten. Diese Kooperationen sind zu verstetigen und zu erweitern.

Jedem Jugendlichen, der einen Schulabschluss erwerben will, muss die Möglichkeit dazu gegeben werden. Wenn dies nicht im Laufe der "normalen" Schulzeit geschafft wurde, muss der spätere Abschluss bei den genannten Einrichtungen möglich sein. Zudem wollen wir, dass **jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz** angeboten wird.

Wir bieten in Hilden Kindern und Jugendlichen Freizeiteinrichtungen an, in denen verschiedenen Interessen nachgegangen werden kann. Im Netz der Jugendzentren werden schwerpunktmäßig Kultur, Sport und Medien angeboten. Dieses umfangreiche, informelle Bildungsangebot wird bereits gut genutzt, gleichwohl gilt es, dessen Bekanntheitsgrad weiter zu steigern. Die Zusammenarbeit der **Jugendzentren** mit den Hildener Schulen sowie interessierten Vereinen wollen wir intensivieren, um so verlässliche Bildungspartnerschaften zu etablieren. Dabei sollen die Jugendeinrichtungen als eigenständiger Ort des sozialen Lernens erhalten und inhaltlich weiterentwickelt werden. Die Öffnungszeiten müssen dabei das veränderte Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen angemessen berücksichtigen.

An den politischen Entscheidungen zu diesem Thema wollen wir Kinder- und Jugendparlament beteiligen, deren Existenz auf Dauer gesichert bleiben muss.

Dass die städtischen **Spielplätze und die Spielbereiche** der Schulen auch weiterhin auf dem neuesten und sichersten Stand gehalten werden, ist selbstverständlich. Jugendliche halten sich verstärkt in öffentlichen

Räumen auf. Auf diese Entwicklung wollen wir reagieren und ein Konzept in den zuständigen Gremien entwickeln. Dazu kann eine verstärkte aufsuchende Arbeit gehören.

Beste Bildung in Hilden

Einundzwanzig Schulen von der Grundschule bis zum Berufskolleg in öffentlicher oder privater Trägerschaft sichern das überragende Ansehen Hildens als Schulstandort. Diesen Status wollen wir sichern.

Es ist uns deshalb wichtig, die **besten Rahmenbedingungen für diese Schulen zu schaffen**, soweit die Stadt dafür zuständig ist. Die Vermittlung von Bildung und Wissen kann nur unter optimalen Bedingungen erfolgreich sein.

Beste Bedingungen müssen auch bei der Umsetzung der Inklusion geschaffen werden. Die dabei entstehenden Kosten können aber nicht allein von den Kommunen getragen werden. Für den weiteren Einsatz von Inklusionshelfern benötigt die Stadt finanzielle Hilfe durch das Land. Dazu gehört, dass in den Gebäuden ausreichend Räume zur Verfügung gestellt und diese in einem guten baulichen Zustand gehalten werden.

Auf die sich verändernden Elternwünsche wurde in Hilden frühzeitig mit der Einrichtung der **Sekundarschule** reagiert. Hier ist eine neue, zukunftsweisende Schulform entstanden, die Kindern ganz nach ihrem individuellen Lernniveau hohe Durchlässigkeit bietet, sogar bis zum Abitur. Die Absicht der Stadt Hilden, hier gut zehn Millionen Euro in moderne Räume zu investieren, um zeitgemäßes Lernen zu ermöglichen, wurde durch uns von Anfang an vorbehaltlos unterstützt.

Auch in der Zukunft werden wir dafür eintreten, dass besonders für Lernmittel und Medienausstattung aller städtischen Schulen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Einsatz von SchulsozialarbeiterInnen hat sich bewährt und soll ausgebaut werden. Die entstehenden Kosten können allerdings nicht allein von der Stadt Hilfen getragen werden.

Neben der Ganztagsbetreuung an allen Grundschulen - unter Einsatz erheblicher städtischer Gelder realisiert - begrüßen wir ausdrücklich den Ausbau des Helmholtz-Gymnasiums zum Ganztags-Gymnasium sowie die Einrichtung der Sekundarschule als Ganztagschule. Das sich dort neu formierende Schulzentrum bietet ausgezeichnete Voraussetzungen für Hildener Schülerinnen und Schüler.

Vor der Einschulung müssen Kinder verpflichtend einem Sprachtest unterzogen werden. Ziel ist es, Sprachprobleme frühzeitig zu erkennen und Kinder mit Sprachproblemen gezielt zu fördern. Dazu müssen die Kinderbetreuungseinrichtungen ausreichend mit finanziellen Mitteln des Landes NRW versorgt werden. Die heute vom Land zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht aus und müssen für eine wirkungsvolle Förderung unbedingt erhöht werden.

Die bestehenden **Sprachfördermaßnahmen** wollen wir erhalten und fortsetzen. Unser Bestreben ist es, diese Maßnahmen zu erweitern, damit an allen Schulen Sprachförderung angeboten wird.

Besonderer Beachtung bedürfen zwei- oder mehrsprachig aufwachsende Kinder und deren Familien, bei denen die Sprachkenntnisse in den einzelnen Sprachen unzureichend sein können. Spezielle Erhebungen sind nicht vorhanden und zur Verbesserung der aktuellen Situation unbedingt durchzuführen. Wir wollen erreichen, dass die Kinder ihre Sprachkenntnisse verbessern können.

Neben den eigentlichen Schulräumen müssen zwingend ausreichend Möglichkeiten für die sportliche Betätigung von Schülern vorgehalten werden.

Um die Zukunftschancen von Kindern mit Behinderungen und Benachteiligungen weiterhin positiv zu unterstützen und zu verbessern, halten wir den Übergang von der integrativen Beschulung zur inklusiven Ganztagsbeschulung für sinnvoll (UN Konvention 2009). Wir haben die richtigen Weichen in Hilden gestellt. Eine städtische Förderschule ist zum Förderzentrum ausgebaut worden, die sich zur Aufgabe gemacht hat, alle Grundschulen zum Thema Inklusion und individuelle Förderung zu beraten.

Das zeigt, Hilden ist mit der Inklusionsentwicklung einen guten Weg gegangen. Die Zusammenarbeit zwischen Interessenverbänden und der Stadt werden wir weiter unterstützen und einfordern. Der Einsatz von Sonderpädagogen und Integrationshelfern kann nicht nur von der Kommune finanziert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Bund, Land und Kreis an der Finanzierung der Inklusion beteiligen.

Kultur ist Lebensqualität

Die Attraktivität der Stadt wird immer stärker daran gemessen, ob sie ausreichend Raum für Kreativität, für kulturelle Innovationen und humane Begegnung bietet. Kultur gilt als "weicher Standortfaktor" für die Ansiedlung von Unternehmen. Ein attraktives Kulturleben trägt somit zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung bei.

Dabei soll die **Hildener Kulturpolitik** keine Konkurrenz zu den Angeboten aus den umliegenden Ballungsräumen schaffen. In den vergangenen Jahren hat sich ein eigenes Profil entwickelt, welches bereits hohe Standards gesetzt hat: die Theaterreihen, der Hildener Sommer, die Unicef-Gala, die Hildener Jazztage, die Ausstellungen des Museums, die JeKi(Jedem Kind ein Instrument)-Kooperationen der Musikschule sowie die Ausstattung und die Angebote der Stadtbücherei. Dieses Angebot gilt es zu erhalten, zu evaluieren und an geänderte Bedürfnisse, etwa von Senioren, anzupassen. Das Kulturprogramm für Jugendliche und junge Erwachsene soll erweitert und altersgemäß beworben werden. Für Neubürger soll eine Mappe mit dem Kulturangebot der Stadt (inkl. Vereinen, Volkshochschule etc.) erstellt werden. Ein beiliegender Gutschein als "Schnupperangebot" soll den Zugang erleichtern, ferner die Teilnahme an einem kostenlosen Stadtrundgang.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es gelingen kann, Bevölkerungsgruppen gezielt anzusprechen und aktiv ins Kulturleben zu integrieren. Dies gilt es fortzusetzen. Dafür muss die Hildener **Kulturpolitik bürgernah** bleiben. Wünsche und Bedürfnisse der Menschen und ihre unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebensformen müssen hierbei berücksichtigt werden, Kinder und

Jugendliche altersgemäß an das Kulturangebot herangeführt werden, ihre eigene Kreativität gefordert und gefördert werden.

Die Teilnahme am kulturellen Leben gehört wie Bildung, Gesundheit und Wohnung zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Investitionen für Kunst und Kultur sind somit unverzichtbar für die Zukunft. Kultur ist Lebensqualität. Nur wer ein reichhaltiges und abwechslungsreiches Angebot bietet, sorgt dafür, dass die Menschen sich in Hilden wohl fühlen und zusammen kommen. Somit trägt eine Kulturpolitik auch zu Völkerverständigung und Integration bei, weshalb auch die ausländischen Vereine gezielt in das Kulturleben einzubinden sind.

Ohnehin stellen die **kulturpflegenden Vereine** in Hilden traditionell einen starken Grundpfeiler der Kulturpolitik dar. Dies gilt es zu bewahren und auch weiterhin zu fördern. Ihre Angebote gilt es mit den guten städtischen Kulturangeboten und Einrichtungen (Bücherei, Museum, Musikschule) zu vernetzen.

Die **Weiterbildung ist eine kommunale Aufgabe**. Weiterbildung erweitert den Horizont, erhöht die Chancengleichheit und leistet einen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Dies alles gewährleistet die Volkshochschule und stellt ein bedarfsgerechtes, wohnortnahes, qualifiziertes und bezahlbares Angebot sicher.

Unser Augenmerk gilt **Weiterbildungsangeboten** für junge Erwachsene sowie ältere Menschen im und nach dem Erwerbsleben. Dies gilt auch für Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus. Weitere Schwerpunkte der VHS müssen die Entwicklung der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit und der interkulturellen Kompetenz sein. Auch muss die Volkshochschule spezielle bedarfsgerechte Angebote für Jugendliche entwickeln. Wir wollen, dass allen Jugendlichen, die es in der regulären Schulzeit nicht geschafft haben, die Möglichkeit eingeräumt wird, ihren Schulabschluss nachzuholen.

Die Förderung der **politischen Bildung** ist und bleibt eine elementare öffentliche Aufgabe. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft muss allen der Zugang zu gesellschaftspolitischem Wissen offen stehen, um eine aktive Mitwirkung in der Demokratie zu fördern.

Auch im Sport die Nummer 1

Sport ist für viele Menschen Freizeitgestaltung. Er trägt zum Erhalt der eigenen Gesundheit bei, entspricht dem Wunsch nach körperlicher Betätigung und Selbsterfahrung. Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr. Besonders in den **Sportvereinen** werden das Zusammengehörigkeitsgefühl und der Gemeinsinn erlernt und gepflegt. Ethnische, soziale und demografische Unterschiede sind im Sport leichter zu überwinden. Er hat eine dauerhaft integrative Wirkung.

Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Bereits im Kindergarten müssen die Weichen gestellt werden, um die motorischen Fähigkeiten zu fördern und einen gesunden Lebensstil von Anfang an zu unterstützen. Danach soll **Schul- und Vereinssport** jedem Kind die Chance bieten, seine sportlichen und motorischen Fähigkeiten zu entdecken, erfahren und entfalten. In den "offenen Ganztagschulen" (Ogata) gibt es schon viele gemeinsame Angebote von Schulen und Vereinen, die weiter gefördert und ausgebaut werden sollen.

Darüber hinaus erfreut sich der Sport großer öffentlicher Aufmerksamkeit und fördert deshalb das Ansehen der Stadt. Aus diesem Grund sind gute Sportmöglichkeiten ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor für die Wirtschaftsförderung.

Hilden bietet **hervorragende Möglichkeiten für sportliches Engagement**, sei es in der Schule, den Sportvereinen, ohne Vereinsbindung oder in kommerziellen Sportzentren. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Sportanlagen in Hilden auf einen sehr guten Stand zu bringen.

- Sämtliche städtische Sportplätze wurden mit Kunstrasen ausgestattet.
- Die Sanierung und Erweiterung der Umkleiden und Sanitäreanlagen an den Sportplätzen ist bereits erfolgt oder wird aktuell beraten.
- Unsere Sporthallen wurden gemäß dem Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm in den letzten Jahren mit erheblichen Mitteln renoviert oder durch Neubauten ersetzt.

Mit der Eröffnung der Stadtwerke-Hilden-Arena kann die Entwicklung der Hildener Sporthallen-Landschaft als abgeschlossen bezeichnet werden. Gleichwohl gilt es, deren Zustand im Auge zu behalten und bei Bedarf rechtzeitig zu investieren. **Sportstätten in Hilden haben einen hohen Standard**, weil in den letzten Jahren erhebliche Investitionen getätigt wurden. Für die Sanierung von Sportplätzen und Sporthallen werden wir auch künftig Geld zur Verfügung stellen.

In Zukunft gilt es, den erreichten Standard zu sichern und mit den vorhandenen Anlagen die Möglichkeiten einer sportlichen Betätigung für die Bürgerinnen und Bürger weiter auszubauen, auch im Bereich Senioren- und Behindertensport. Dabei muss die Verwaltung eng mit dem Stadtsportbund und den Sportvereinen zusammenarbeiten und sie in die Verantwortung für ihre Sportstätten mit einbinden.

Sicherung der hohen Standards durch aktive Wirtschaftsförderung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserer Stadt ein. Deshalb hat eine **aktive Wirtschaftsförderung** für uns einen sehr hohen Stellenwert. Die SPD unterstützt daher das "Team Wirtschaftsförderung" der Stadt Hilden. Das Team soll unter anderem die Funktion als Servicestelle für die Wirtschaft intensivieren (1-Stop-Agency).

Wir werden uns weiterhin darum bemühen, zukunftssträchtige Firmen in unserem Stadtgebiet anzusiedeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür bietet sich auch der Gewerbepark am Nordring an, der sich - wenn auch langsam - jedoch kontinuierlich weiter entwickelt.

Erneut hat die IHK der Stadt Hilden eine **erfolgreiche und weitsichtige Wirtschaftspolitik** attestiert. Das belegt auch die **konstant niedrige Arbeitslosenquote**, die in Hilden eine der niedrigsten in NRW bleibt.

Eine weitere Säule unserer Wirtschaftsförderung bleibt das Gründerzentrum im Gewerbepark Hofstraße. Hier werden Existenz-

gründer von privaten Investoren in Zusammenarbeit mit der städtischen Wirtschaftsförderung im Rahmen einer "Public-Private-Partnership" gefördert.

Mehrere Firmen sind mittlerweile so erfolgreich, dass sie eigene Firmengebäude errichtet haben und damit wieder Platz für neue Existenzgründer geschaffen haben. Diese guten Erfahrungen wollen wir auf Existenzgründer im Einzelhandel, insbesondere in der Innenstadt erweitern.

Wir wollen den **Wirtschaftsstandort Hilden weiter optimieren**. Dazu gehört auch das Angebot schneller Datenleitungen, die für Wirtschaftsunternehmen immer bedeutender werden.

Unter aktiver **Wirtschaftsförderung** verstehen wir auch eine konstante Stärkung der Innenstadt durch die Arbeit der Stadtmarketing-Gesellschaft. Sie engagiert sich dafür, Leerstände im Einzelhandel zu verhindern, aber auch die Anzahl inhabergeführter Geschäfte zu steigern und einen interessanten Branchenmix in der City anzubieten. Dabei dürfen nach unserer Auffassung so genannte Billigläden höchstens eine Nebenrolle spielen.

Stadtmarketing sollte auch ein Augenmerk darauf legen, unsere attraktive Innenstadt mit einem verbesserten Angebot an vielfältiger Gastronomie weiter zu optimieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen auch zukünftig großflächigen Einzelhandel (Shopping-Center) am Stadtrand konsequent ab.

Wir stehen weiterhin für den Erhalt der "Gemeinnützigen Jugendwerkstatt", um benachteiligten Jugendlichen auch in schwierigen Zeiten eine Chance zur Ausbildung zu geben.

Konsequent werden wir auch zukünftig einen konstruktiven Dialog mit den Vertretern aus Wirtschaft und deren Verbänden führen, um Hemmnisse einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung zu überwinden.

Natürlich wollen wir uns auch um die Belange und Wünsche der großen Unternehmen kümmern, die über viele Jahre eine Vielzahl von Arbeitsplätzen anbieten und mit ihren Gewerbesteuern für die Stadt Hilden enorm wichtig sind.

Alle diese Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sichern und schaffen nicht nur Arbeitsplätze und Kaufkraft, sondern sollen auch dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen Hildens auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau bleiben. Nur durch gesicherte Gewerbesteuererinnahmen sind unsere hohen Hildener Standards in den Bereichen Kultur, Sport, Jugend und Soziales überhaupt möglich und beizubehalten.

Deswegen werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Rat der Stadt Hilden die "**Erfolgsstory Hilden**" durch unsere aktive Wirtschaftsförderungspolitik fortsetzen.

Die Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert hat auch in den letzten Jahren wesentlich zur Zukunftssicherung des Hildener Mittelstandes beigetragen. Gerade in der großen Finanzkrise hat die Sparkasse ihre Leistungsfähigkeit und Stabilität bewiesen. Deshalb wird sich die SPD dafür stark machen, dass die Sparkasse ihren Status als kommunales Geldinstitut mit klarer Ausrichtung auf die Förderung des Gemeinwohles behält.

Städtische Gesellschaften sind unsere modernen Dienstleister

In Hilden werden viele Aufgaben erfolgreich von städtischen Gesellschaften wahrgenommen. Die privatwirtschaftlich arbeitenden Gesellschaften müssen sich mit **marktgerechten Leistungen und Preisen** behaupten. Dieses System wollen wir beibehalten und, dort wo es sinnvoll ist, ausbauen.

Die auf Drängen der SPD gegründete städtische Wohnungsbau-Gesellschaft Hilden (WGH) hat sich mit den von ihr übernommenen und den neu gebauten Sozialwohnungen fest in unserer Stadt etabliert. Sie tritt als Bauherr auf, wenn sich kein privater Investor findet. Jetzt und auch in den nächsten Jahren besteht Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum, deshalb muss die WGH ihre **Aktivitäten verstärken und in den Sozialwohnungsbau investieren**. Die neuen Wohnungen sollen grundsätzlich barrierefrei oder barrierearm gebaut werden. Wir werden

uns dafür einsetzen, dass bei allen größeren Bauprojekten der nächsten Jahre - beispielsweise auf dem Gelände der Albert-Schweitzer-Schule - ein angemessener Anteil von "bezahlbaren" Wohnungen geschaffen wird. Junge Familien mit Kindern und junge Erwachsene können sich Wohnungen in Hilden oft finanziell nicht leisten, sie wollen wir in unserer Stadt halten und damit dem demographischen Wandel entgegenwirken. Auch sollen Initiativen für neue Formen des Zusammenwohnens und -lebens von Menschen beim Verkauf städtischer Grundstücke berücksichtigt werden.

Die **Stadtwerke Hilden** (SWH) haben sich in den letzten Jahren erfolgreich den Herausforderungen des liberalisierten Energiemarktes gestellt und sich mit ihrem breiten Angebot im Markt gut behauptet. Mit den Stadtwerken Düsseldorf an der Seite bieten sich den SWH beste Perspektiven. Das alles zum Wohl der Hildener Bürgerinnen und Bürger sowie den Beschäftigten der Stadtwerke.

Mit der Vergabe der Konzessionen ab 2015 für die Leitungsnetze Strom, Gas und Wasser an die SWH hat die Stadt Hilden den Stadtwerken für die nächsten 20 Jahre eine gute Zukunftsperspektive als **erfolgreicher Netzbetreiber und Energie-Dienstleister** gegeben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das bisherige Engagement der SWH im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv unterstützt. Für die nächsten Jahre wollen wir an einem lokalen Konzept, einem "Hildener Weg" der Energiewende mitarbeiten und es umsetzen.

Die Stadtwerke und deren Töchter Verkehrsgesellschaft, Grundstücksgesellschaft und Infrastrukturentwicklungsgesellschaft sind als Dienstleister und Anbieter nicht mehr weg zu denken. Die Verkehrsgesellschaft betreibt die Stadtbuslinie mit Erfolg, die Grundstücksgesellschaft übernahm den Umbau des ehemaligen Helmholtz-Gymnasiums zu einem Weiterbildungszentrum, den Kauf und die Restaurierung des denkmalgeschützten Bahnhofes sowie die Modernisierung der Polizeiwache.

Die Gemeinnützigen Seniorendienste "Stadt Hilden" sind in unserer Stadt **für ältere und pflegebedürftige Menschen unverzichtbar**. Mit den Angeboten für stationäre oder Tagespflege, betreutes und gefördertes

Wohnen sowie Hilfe zu Hause erfüllen die Seniorendienste wichtige Aufgaben. Dabei werden wir Sozialdemokraten diese städtischen Gesellschaften bei ihrer Weiterentwicklung auch in Zukunft unterstützen.

Städtepartnerschaften für ein geeintes Europa

Die Stadt Hilden trägt durch ihre Städtepartnerschaften mit Warrington in Nordengland und Nové Město nad Metují in Tschechien zur Gestaltung eines lebendigen Europas der Bürgerinnen und Bürger bei. Beide Städtepartnerschaften haben im bürgerschaftlichen Leben unserer Gemeinde einen festen Platz. Dies wollen wir pflegen und weiter festigen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Austausche und Partnerschaften nie einen endgültigen Zustand erreichen, sondern stets lebendig sind. Sie werden von den handelnden Personen, den sich wandelnden Umständen und neuen Entwicklungsmöglichkeiten geprägt. Deshalb ist es unser Ziel, unsere Städtepartnerschaften durch aktive Förderung der Kontakte und Beziehungen weiterzuentwickeln.

Wichtig ist auch, direkte Kontakte zwischen Warrington und Nové Město nad Metují zu fördern. Wir haben uns dafür in der Vergangenheit engagiert und wollen dies auch in Zukunft tun, damit aus dem Dreieck Hilden-Warrington-Nové Město n. M. eine wirkliche gesamteuropäische Zusammenarbeit entsteht. Deshalb wollen wir uns auch in Zukunft an Programmen der Europäischen Union zur Förderung der Zusammenarbeit in Europa beteiligen.

Zur Sicherung des festen Bestandes unserer partnerschaftlichen Beziehungen wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

- An erster Stelle gilt es, den Jugendaustausch und die Kooperation zwischen Schulen zu fördern.
- Hildener Vereine, Verbände, Parteien und Organisationen sollen bei ihren Austausch- und Besuchsprogrammen unterstützt werden.
- Die Beziehungen auf offizieller Ebene zwischen den Räten und Verwaltungen sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wirtschaftliche Kooperationen zwischen Unternehmen aus Hilden und unseren Partnerstädten werden angeregt und gefördert.

Herausgeber:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Hilden
Bahnhofsallee 24
40721 Hilden

Telefon 02103/33 58 95 Fax 01203/52 0 47
www.spd-hilden.de · spd-hilden@t-online.de

Verantwortlich: Birgit Alkenings, Anabela Barata
Redaktion: Jürgen Scholz, Carsten Wannhof

Herzlich
Hilden. 
WWW.SPD-HILDEN.DE

BÜRGERNAH. ENGAGIERT. ZUVERLÄSSIG.

BIRGIT ALKENINGS

Ihre Bürgermeisterin für Hilden

SPD